Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

G. A. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König Johannstr 15.
Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 12.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
empfiehlt sämmtliche Neuheiten in Frühjahrs-Stoffen, als:
elegante Paletot-, sowie feine Anzugs- u. Hosen-Stoffe
aus den renommirtesten Fabriken zu billigsten Preisen.

Flüssige Bronzefarben
zum Neubronziren und Ausbessern von Spiegeln, Postalen, Gypsfiguren etc. in Gold, Silber und Kupfer, à Flacon mit Pinsel 50 Pfg.
Carl Tiedemann, Hoflief.
Altstadt: Marienstrasse 10. Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Ford. Gerlach Nachf.
Weinhandlung mit Probierstuben.
Ausführliche Preislisten versende frei. Gewähr für reine Naturweine.
4 Moritzstrasse 4
(Fernsprechstelle 321).

Nr. 54. Spiegel: Reichstagswahlen und Sozialdemokratie, Nutzanwendungen für die Stichwahlen. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen, Bogenschützengesellschaft, Gerichtsverhandlungen. Berliner Domchor, Residenztheater, Kgl. Conservatorium. | **Sonntag, 23. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ziffern über Ziffern! Endgiltige und theilweise Wahlergebnisse, vor Allem aber eine Unmasse von Stichwahlen! In endloser Folge schleppt der Telegraph derbei, wie am 20. Februar in den 397 Wahlkreisen zwischen Kurischem Haff und Bodensee, zwischen Metz und polnischer Grenze abgestimmt worden ist. Es fällt dem Nicht-Politiker schwer, sich in diesem „Stimmengewirr" zurechtzufinden. Aber selbst dem oberflächlichsten Beschauer treten aus dem Wuste der Wahlausfall-Depeschen zwei Thatsachen greifbar entgegen: ein starker Rückgang der Stimmen der bürgerlichen Parteien und ein um so gewaltigeres Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen. Beides geht Hand in Hand und verstärkt sich gegenseitig zu einem Gesammtergebniß, das alle Befürchtungen übertroffen hat. Davon beißt keine Maus einen Faden hinweg; man muß sich Das in seiner ganzen Tragweite und Folgenschwere und in allen seinen Einzelheiten klar machen. Nur auf Grund genauer Einsicht kann man dazu gelangen, das nächste Mal die Scharte auszuwetzen. Die Sozialdemokratie hat große Erfolge erzielt in dem katholischen Köln wie in dem protestantischen Halle, in der Handelsstadt Hamburg wie in der Universitätsstadt Kiel und der Kunststadt München, in dem industriereichen Sachsen wie in dem ackerbautreibenden Hannover, in dem dünnbesiedelten deutschen Osten wie in der dichtbevölkerten Rheinprovinz. Sogar der „feste Thurm" des Centrums ist in mehreren Wahlkreisen bedroht. Die Sozialdemokratie führte den Wahlkrieg gegen alle und jede Partei. Es machte ihr keinen Unterschied, ob sie in dem einen Wahlkreis sich mit den Deutschfreisinnigen, in dem andern mit den Ultramontanen, in dem dritten und vierten mit den Welfen oder Französlingen verbrüderte — in denjenigen Wahlkreisen, auf die es ihr ankam, kehrte sie dessen ungeachtet gegen dieselben Parteien ihre Waffen. Alle anderen Parteien betrachtet die Sozialdemokratie eben als „reaktionäre Masse": sind einzelne dieser Parteien verbittert oder verblendet genug, einander zu bekämpfen, so unterstützt die Sozialdemokratie dieses Beginnen, um nachher desto sicherer über alle Zersplitterten und gegenseitig Geschwächten zu triumphiren. Die Gewinner dieses Wahlkampfes sind denn auch einzig die Sozialdemokraten; allenfalls fallen bei den Stichwahlen auch für den deutschen Freisinn noch etliche Happen ab.

Gab es bei den 87er Wahlen noch 61 Stichwahlen, so ist diese Zahl diesmal auf ungefähr 110 gestiegen. Beinahe der vierte Theil sämmtlicher 397 Wahlkreise muß erst ein zweites Mal an die Urne treten, ehe er die Fahne kennt, die demnächst über ihm weht. Bei diesen massenhaften Stichwahlen stehen alle Parteien einander gegenüber. Es ist fast überall anders, wer die Entscheidung in der Hand hat. Daß die regierungsfreundliche Kartellmehrheit nicht wiederkommt, ist schon jetzt ausgemacht; die Haupteinbuße haben die Nationalliberalen zu tragen. Bennigsen ist noch nicht gewählt, Miquel mit der winzigen Mehrheit von 18 Stimmen in Kaiserslautern; aber Wörmann ist in Hamburg unterlegen. Dieser Verlust ist schmerzhaft, der Reichstag verliert eine in Handels- und Kolonialfragen unersetzliche Kraft. Daß die erste Handelsstadt Deutschlands durch keinen einzigen Kaufmann oder Schiffsreder, sondern durch drei sozialdemokratische Parteigänger vertreten ist, wird, wer nicht das Parteiinteresse als obersten Grundsatz betrachtet, nicht als ein Glück betrachten. Verhältnißmäßig erfreulich ist der Wahlausfall in Elsaß-Lothringen. Die deutschfreundlichen Elemente sind erstarkt; vier nationalliberale Abgeordnete entsenden die Reichslande. Die Franzosen übersehen gänzlich diese Seite der deutschen Wahlen; sie jubeln vielmehr hell über die Wahlsiege der deutschen Sozialdemokraten und thun so, als seien es französische Erfolge. Die Pariser Presse schwelgt in düsteren Prophezeiungen über die Zustände in Deutschland. In Belgien aber haben auf Befehl des Generalraths der Arbeiterpartei sämmtliche Arbeiterlokale infolge der Wahlerfolge der deutschen Sozialisten auf 3 Tage rothe Fahnen gehißt!

Lassen wir Das. Uns gilt jetzt für die Stichwahlen die aus den Hauptwahlen sich gebieterisch aufdrängenden Nutzanwendungen zu ziehen! Zuerst also die Mahnung an die eigenen Parteigenossen, bei den Stichwahlen ihre Pflicht zehnmal besser zu thun, als jetzt. Ist es nicht beschämend, daß in Sachsen die Stimmen der Ordnungsparteien von 339,865 auf 266,894 zurückgegangen sind? In Berlin haben sich von 352,765 in die Listen als wahlberechtigt eingetragenen Bürgern nicht weniger als 114,333, das ist ungefähr der dritte Theil der Wähler, der Abstimmung enthalten! Angesichts der beständigen Klagen des Bürgerthums über die ihm aus dem Sozialismus drohenden Gefahren ist das Wegbleiben der bürgerlichen Wähler von den Urnen ebenso beklagenswerth wie unbegreiflich. Unverstand oder Feigheit, vielleicht Beides zusammen, wirkten dabei mit. Das allgemeine Wahlrecht ist nun einmal die unantastbare Grundlage unserer öffentlichen Zustände. Niemand denkt daran, es zu schmälern oder zu verkümmern. Aber hat es ein Körnchen von Sinn und Verstand, wenn sich ein starker Bruchtheil der deutschen Wähler ohne Noth und ohne Zwang dieses seines obersten Rechtes beraubt? Wer dieses Grundrecht preisgiebt, der macht sich freiwillig zu einem Staatsbürger zweiter Klasse. Es wird vielleicht Sache späterer ruhiger Erwägung sein, wie man das Wahlrecht durch eine Wahlpflicht vervollständigt; für heute richten wir angesichts der nahen Stichwahlen an alle Bürger in Stadt und Land die dringende Ermahnung, ihr Wahlrecht auszuüben!

Dann ein Zweites. Dürfen die bürgerlichen Parteien noch fortfahren, sich einander zu bekämpfen, während die Anhänger der Sozialdemokratie geschlossen wie ein Mann zusammenstehen? Dem angeschwollenen Heere der Sozialdemokratie muß ein stärkeres, festgefügtes Heer der bürgerlichen Parteien gegenübertreten. Dazu drängt schon die eine Erwägung, daß sich in den ziemlich erregten Kreisen der Arbeiterbevölkerung nicht die Meinung festsetze, die bestehende Gesellschaftsordnung sei eine leichte Beute für sie geworden. Wohl steht über allem Zweifel fest, daß die Machtmittel der Regierungsgewalt ausreichen, um jeden Versuch der Verwirklichung sozialdemokratischer Pläne im Keime zu ersticken, aber es ist vor Allem die Selbstpflicht des Bürgerthums, es nicht erst zu solchen Versuchen kommen zu lassen. Darum nochmals: festes Zusammenhalten aller bürgerlichen Elemente! Wir wissen wohl, daß es dazu mancher Selbstüberwindung bedarf. Hüben wie drüben! Das Hauptblatt der Nationalliberalen in Berlin fordert seine Parteigenossen auf, sogar für einen klerikalen Abgeordneten zu stimmen, um den Zuwachs sozialdemokratischer Abgeordneten zu verhindern. Ein Gleiches sollte überall geübt werden. In Breslau haben bereits die Konservativen und die Nationalliberalen beschlossen, für den deutschfreisinnigen Kandidaten zu stimmen. Bravo! Sie sind dazu vorgegangen, ohne abzuwarten, ob ihnen dieser Entschluß in einem anderen Wahlkreise vergolten wird. So sei es überall. Nicht das Schachergeschäft von einem Wahlkreis zum andern, sondern das selbstständige, einmüthige Vorgehen der Patrioten aller Parteien in dem eigenen Wahlkreise! Die Sozialdemokratie macht, siehe Berlin und anderwärts, wo sie irgend kann, dem deutschen Freisinn geradesogut den Garaus, wie den anderen Parteien. In Wahlkreisen, wo Konservative oder liberale mit dem Freisinn in die Stichwahl zu treten haben, ist der Trieb, der Partei das Mandat zu erobern, der oberste. Bei Stichwahlen aber, wo Sozialdemokraten in Frage stehen, sollte auch der deutsche Freisinn das Wohl des Vaterlandes höher stellen, als das nächste Parteiinteresse. Bedarf es wirklich noch weiterer Erfahrungen, wohin das Bündniß mit der Sozialdemokratie führt?

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Februar.

Berlin. Der Kaiser empfing heute den schweizerischen Gesandten, Dr. Roth, in Audienz. Nachmittags begab sich der Kaiser nach Potsdam, um dort dem zur Feier des 75jährigen Stiftungsfestes des Leib-Garde-Husarenregiments stattfindenden Diner beizuwohnen. — Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen sind gewählt: 34 Deutschkonservative, 15 von der Reichspartei, 17 Nationalliberale, 63 Mitglieder des Centrums, 4 Welfen, 17 Freisinnige, 20 Sozialdemokraten, 10 Polen, 11 Elsässer, 2 Volksparteiler und 1 Däne. Es sind 123 Stichwahlen erforderlich. An 56 derselben sind die Sozialdemokraten betheiligt. — In einem hiesigen Hotel wurden heute drei holländische Sozialistenführer, darunter der bekannte Abgeordnete Nieuwenhuis, verhaftet. Dieselben befanden sich bereits seit einigen Tagen in Berlin, angeblich, um die Wahlbewegung zu studiren. — In dem Prozesse Friedenstein wurde heute das Urtheil verkündet. Friedenstein wurde zu 2½ Jahren Gefangniß und Landsberger zu einer Geldstrafe von 600 Mk. verurtheilt.

Liegnitz. Wegen des dieser Tage stattgefundenen Zusammenstoßes der Polizei und der Sozialdemokraten, wobei zahlreiche Verwundungen und Verhaftungen vorkamen, wurde der Mannschaft des hiesigen Grenadierregiments der Verkehr in der Niederstadt, sowie das Betreten sämmtlicher Tanzlokale verboten.

München. Der bayerische Handwerkerbund ist beim Bundesrath vorstellig geworden, daß dieser dem letzten Reichstagsbeschluß wegen der gesetzlichen Einführung des Befähigungsnachweises zustimme.

Paris. Die Begnadigung des Herzogs von Orleans soll heute vom Ministerrathe beschlossen worden sein. — Der Streik in St. Etienne ist, nachdem die Direktoren sich mit den Delegirten verständigt, beendet.

London. Gladstone ist seit zwei Tagen ernstlich krank. Er hat sich beim Begräbniß des Lord Sidney eine Erkältung zugezogen.

Die **Berliner Börse** verlief trotz der eingetretenen Diskont-Herabsetzung der Reichsbank in schwacher Haltung. Die Course waren ausnahmslos niedriger. Banken schwach, besonders Dresdner stark angeboten. (Es war das Gerücht verbreitet, daß eine neue Ausgabe junger Aktien stattfinden soll.) Für deutsche Bahnen bestand Anfangs zu besseren Coursen gute Frage, später trat auf diesem Gebiete gleichfalls ein Rückgang ein. Oesterreichische Bahnen waren vernachlässigt, Bergwerke angeboten und schwächer, Bochumer gaben 2 Proz. nach, fremde Renten gleichfalls nachgebend. Im Kassaverkehr waren Banken schwächer, Bahnen ruhig, Dresdner Bank verloren 3 Prozent, Bergwerke abgeschwächt, andere Industrieen ziemlich fest, österreichische Prioritäten sehr still. Privatdiskont 3⅛ Proz. Nachbörse schwach. — Wetter: Heiter, gelinder, früh Reif, windstill.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 275,60. Staatsb. 189,10. Lomb. 116,00. Galizier —,—. Egypter 95,40. 4proz. Ung. Gold. 89,10. Diskonto 235,80. Dresdn. Bk. 172,40. Banen —,—. Gelsenk. —,—. Träge.

Wien. (Abends.) Credit 321,25. Staatsbahn 219,25. Lombarden 136,00. Nordwest 194,25. Marknoten 58,07. Ung. Credit 302,25. Schwächer.

Paris. (Schluß.) Rente 88,65. Anleihe 105,47. Italiener 93,50. Staatsbahn 470,00. Lombarden 306,25. do. Prioritäten —. Spanier 72¼. Banquer 477,18. Ottomanen 535,00. Egoumier 551,00. Träge. Französische Fonds fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 24,40, per Mai-August 24,10 ruhig. Spiritus per Februar 35,50, per Mai-August 37,50, still. Rüböl per September-December 70,50.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 197, per Mai 206. Roggen per März 142, per Mai 143.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestät die **Königin** hat in Aussicht genommen, am 6. März von hier aus nach Italien zu gehen und zwar nach Mentone, um daselbst etwa 8 Wochen zur Festigung der immer noch angegriffenen Gesundheit zu verweilen. Se. Majestät der König wird Mitte März nach Mentone reisen.

— **Landtag.** Die Zweite Kammer nahm gestern den **Justizetat** in Schlußberathung. Vor Eintritt in die Einzelberathung der verschiedenen Etatskapitel bemerkte Staatsminister Dr. v. Abeken, er habe erwartet, daß der Abg. Bebel auf eine früher von ihm schon erwähnte Angelegenheit näher eingehen würde, und beabsichtige, hierauf zu antworten. (Präsident Dr. Haberkorn giebt vorübergehend den Vorsitz an den Vicepräsidenten Streit ab.) Abg. Liebknecht kommt auf den bekannten Konflikt Werthauer-Hofmann zu sprechen und verliest betreffs der näheren Umstände einen Zeitungsartikel. Es liege hier eine flagrante Gesetzesverletzung vor, und er frage, ob es gesetzliche Wege und Mittel giebt, um zu verhindern, daß ein Mann, wie Landgerichtsdirektor Hofmann, weiter als Richter funktioniren kann; wenn ein solcher Mann an der Spitze des Gerichtshofes sitzt, werde das Rechtsgefühl im Volke verletzt und der Richterstand verunziert. Minister Dr. v. Abeken entgegnet, daß die von Liebknecht vorgebrachten Thatsachen betreffs des Falles Werthauer-Hofmann begründet seien; es ist deshalb das Verfahren eingeleitet, aber noch nicht beendet worden. Nach Beendigung des Verfahrens werde zu entscheiden sein, ob und wie weit allenfalls disziplinarisch einzuschreiten sein dürfte. Er (der Herr Minister) habe jedoch nicht über diesen Fall sprechen wollen, sondern über ein Vorkommniß im Reichstag. Bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Verlängerung der Giltigkeitsdauer des Sozialistengesetzes seien von dem Abg. Bebel schwere Beschuldigungen gegen die sächsischen Behörden ausgesprochen worden. Da im Reichstag eine Richtigstellung nicht mehr hat stattfinden können, möge die Kammer ihm gestatten, es im sächsischen Landtag zu thun. Bei der zweiten Lesung habe Bebel behauptet, daß in der Rosenthaler Eichenaffaire ein Geheimpolizist absichtlich eine strafbare Handlung provocirt habe. Die Thatsache stehe fest, daß im Jahre 1888 in der Nacht vor dem Sedanfest die Siegeseiche im Rosenthal b. Leipzig abgesägt worden sei, bisher seien jedoch die Schritte, den Thäter zu ermitteln, erfolglos gewesen. Am 19. Dezember v. J. ist Abg. Bebel von der Königl. Polizeidirektion zu Berlin vernommen worden, ob ihm irgendwie Anhaltspunkte bekannt seien, die zur Ermittelung des Thäters beitragen könnten. Der Abg. Bebel hat dabei Folgendes ausgesagt: Eines Tages sei zu ihm der Steindrucker Kießling, nachdem er wegen Aufruhrs eine Zuchthausstrafe verbüßt, gekommen, um sich eine Unterstützung zu erbitten. Bei dieser Gelegenheit habe Kießling bemerkt, daß der eigentliche Anstifter des gedachten Unfugs der Schriftsetzer Grünberg gewesen sei, der auch der Spionage im Dienst der Polizei bezichtigt werde. Weiteres wisse er nicht. Wenn aber Bebel im Reichstage erklärt habe, er habe Beweise dafür, daß der Mann, welcher das Umsägen der Eiche angestiftet, im Dienste der Leipziger Polizei stehe, so müsse andererseits konstatirt werden, daß die Vernehmung Bebel's keinen Schatten eines Beweises für seine Behauptung erbrachte. Minister v. Abeken schloß mit den Worten: „Wie wir Juristen Das beurtheilen, unter dem Schutze der Redefreiheit Behauptungen aufzustellen, die man nicht zu beweisen vermag, will ich nicht aussprechen, inwieweit aber der Herr Abgeordnete Bebel den Pflichten entsprochen, die das natürliche Correlat der Redefreiheit eines Abgeordneten sind, überlasse ich der Beurtheilung der Kammer." (Bravo rechts.) Abg. Bebel bemerkt, daß er allerdings die Absicht gehabt habe, die Angelegenheit zur Besprechung zu bringen, jedoch nicht bei der Berathung des Justiz-Etats, sondern bei der Berathung des Etats des Innern (Polizeidirektion). Kießling habe jene Aussagen aus eigner Initiative gemacht und ihm (dem Redner) gesagt, daß Grünberg dem Kießling den Rath gegeben, die Eiche im Rosenthal abzusägen, und daß Grünberg im Dienste der Leipziger Polizei stehe. Wir haben von dem Herrn Minister nicht gehört, daß Grünberg kein Spion gewesen sei. Vor der Ablieferung Kießling's nach Waldheim habe der Untersuchungsrichter Kießling befragt, wer die Eiche abgesägt habe, und als K. sich ablehnend verhielt, habe der betr. Richter dem K. für den Fall eines Geständnisses bessere Behandlung im Zuchthause, eventuell die allerhöchste Gnade in Aussicht gestellt. v. Abeken erwidert, daß er bezüglich des letzteren Falles Erörterungen anstellen lassen werde. Es käme aber jetzt nur darauf an, daß Bebel gesagt habe, dieser habe Beweise; richtig sei zwar, wie aus einem amtlichen Schreiben der Polizeibehörde in Leipzig hervorgehe, daß Grünberg in dem Verdachte stand, der Polizei zu dienen, der aber völlig unbegründet ist. Abg. Dr. Schill knüpft an den Fall Werthauer an, der von den Juristen Leipzigs aufrichtig beklagt würde. Das müsse er aber mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß man sagen könnte, Director Hofmann „verunziere" die Richterbank. Auch das sei ein dringender Wunsch des gesammten Anwaltstandes, daß diese Angelegenheit nicht weiter in der Presse aufgebauscht und erörtert wird, so lange nicht die kompetente Behörde entschieden hat. Abg. Liebknecht: Wenn ein Richter so vorgehe, wie der Landgerichtsdirektor Hofmann, dann könne man allerdings sagen, daß er den Richterstand verunziere (Vicepräsident Streit ruft den Redner zur Ordnung). Er wundere sich, daß der Abg. Dr. Schill so große Angst haben könne vor der Besprechung des Falles in der Presse. Im Uebrigen möchte er fragen, ob in vorliegendem Falle auch ein bischen Antisemitismus im Spiele ist. Der Name Hofmann klingt germanisch, der Name Werthauer semitisch. Redner geht nun nochmals auf den Fall Grünberg ein und wird vom Präsidenten zur Sache gerufen. Minister v. Abeken bemerkt, der einzige angebliche Beweis ist die Angabe Kießlings; übrigens könne er bei dieser Gelegenheit anführen, daß 1885 auch Kießling in dem Verdacht der Spionage gestanden hat. Abg. Bebel beruft sich für seine Behauptung auf eine ganze Reihe persönlicher Beobachtungen, daß Grünberg im Dienste der Polizei gestanden habe, und bezeichnet die Anschauungen des Herrn Ministers als „hart begreiflich", welche Bemerkung als unparlamentarisch vom Vicepräsidenten Streit gerügt wird. Der Umstand, daß der Kaiser sich kürzlich energisch gegen das Polizeispionenwesen ausgesprochen habe, beweise, daß es hohe Zeit ist, diesem Unfuge zu steuern. Abg. Dr. Schill bemerkt, er habe nur deshalb den Wunsch ausgesprochen, von weiteren Veröffentlichungen in der Presse abzusehen, damit das gute Verhältniß des Richter- und Anwaltstandes zu einander nicht getrübt und Behauptungen aufgestellt werden, die dem Richterstand nachtheilig sein könnten. — Die Kammer trat nunmehr in die Berathung der einzelnen Kapitel ein. Abg. Ahnert tritt für eine einheitliche Gewährung von Zählgeldern an die Kassenbeamten, sowie für Gehaltserhöhung der Dienergehilfen an Land- und Amtsgerichten ein. Abg. Ackermann hält es für dringend erwägenswerth, ob nicht den Rechtsanwälten in Armensachen, welche nicht nur völlig unentgeltlich arbeiten, sondern auch noch baare Auslagen für Zustellungs- und ähnliche Gebühren aus ihrer Tasche zu machen hätten, eine Rückgewähr der letzteren aus der Staatskasse gewährt werden könnte. Abg. Klemm nimmt sich ebenfalls sehr warm der Dienergehilfen an, deren Lage dringendst einer Verbesserung bedürfe. Abg. Bramisch wünscht größere Beschleunigung der Hypotheken-Eintragungen bei Grundstücksverkäufen. Minister v. Abeken erklärt, die geäußerten Wünsche bei der bevorstehenden Gehaltsregulirung berücksichtigen, ebenso die Entschädigung der Auslagen der Anwälte in Erwägung ziehen zu wollen, worauf nach einigen Bemerkungen des Referenten Abg. Bönisch sämmtliche vier Kapitel des Etats mit insgesammt 4,072,885 Mk. Zuschuß nach der Regierungsvorlage einstimmig bewilligt und die einschlägigen Petitionen der Arresthausinspektoren, Wachtmeister, Botenmeister, Diener und Dienergehilfen, Kassenbeamten und Gerichtsvollzieher u. s. w. der Regierung zur Kenntnißnahme übergeben wurden. — Nächste Sitzung Montag.

Hotel „Fürst Bismarck".
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.